

Pressefoyer – Dienstag, 1. Juli 2014

Bildung bringt's: Schulabbrecherquote halbieren – Jeder Jugendliche erhält Unterstützung

**Auch im Schuljahr 2014/15 ziehen sich Investitionen wie ein roter Faden durch alle
Bildungseinrichtungen**

mit

Landeshauptmann Mag. Markus Wallner

Landesrätin Dr. Bernadette Mennel

(Schulreferentin der Vorarlberger Landesregierung und
Amtsführende Präsidentin des Landesschulrates)

Karin Sturn (Berufsorientierungs-Landeskoordinatorin)

Schulabbrecherquote halbieren – Jeder Jugendliche erhält Unterstützung

Ein gezieltes Jugendcoaching soll dafür sorgen, dass die Schulabbrecherquote in Vorarlberg in den nächsten beiden Jahren halbiert wird. Noch diese Woche werden die Namen all jener gemeldet, die die neunjährige Schulpflicht ohne positiven Abschluss der 8. Schulstufe beenden. Und noch vor Schulbeginn wird die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern (Bifo, dafür) alle Betroffenen kontaktieren und eine entsprechende Betreuung organisieren. Weiters bleibt das Land Vorarlberg seiner Linie treu und investiert auch im kommenden Jahr in die unterschiedlichsten Bildungsbereiche: „Die Investitionen spannen sich wie ein roter Faden durch pädagogisch wichtige Zukunftsbereiche wie Sprachförderung im Kindergarten, Stärkung der Grundkompetenzen in der Volksschule, Ausbau von ganztägigen Schulformen und die Begleitung von der Schule in den Beruf. Besonders hervorzuheben sind die über 14,5 Millionen Euro, die das Land heuer wieder zusätzlich zu den Bundesmitteln für die Landeslehrerinnen und Landeslehrer an den Pflichtschulen aufbringt“, informieren Landeshauptmann Markus Wallner und Schullandesrätin Bernadette Mennel.

Jugendliche, die die neunjährige Schulpflicht ohne positiven Abschluss der 8. Schulstufe beenden, rücken heuer verstärkt ins Zentrum. Zu Beginn des Schuljahres 2012/13 hatten in Vorarlberg 235 der 14-jährigen Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2009/10 (8. Schulstufe) noch keinen Abschluss der Sekundarstufe I. Von diesen 235 gehen 92 Schülerinnen und Schüler dennoch weiterhin zur Schule (überwiegend in die Berufsschule). 143 Jugendliche befinden sich statistisch gesehen derzeit nicht mehr in Ausbildung, obwohl es jedoch sehr wohl sein kann, dass diese sich in einer außerschulischen Qualifizierungsmaßnahme (z.B. Ausbildungsassistenz) befinden und den Pflichtschulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nachholen. Von den 143 Schülerinnen und Schülern haben 78 einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Hier liegt es nahe, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler einen Pflichtschulabschluss erreichen. Demnach verbleiben von der oben genannten Gruppe von 235 Schülerinnen und Schülern tatsächlich 65 Jugendliche, deren Zukunft als gefährdet und problembehaftet einzuschätzen ist.

Schulabbrecherquote halbieren

Ziel ist es jedenfalls, die Schulabbrecherquote in den nächsten beiden Jahren zu halbieren. Eine rechtzeitige persönliche Kontaktaufnahme mit individueller Begleitung und professionellem Coaching ist in diesen Fällen sehr wichtig. Aus diesem Grund werden heuer über die Schulen die Namen und Daten jener Schülerinnen und Schüler ohne positiven Abschluss der 8. Schulstufe erhoben, damit diese anschließend vom Jugendcoaching (BIFO, dafür) intensiv betreut werden können. Dasselbe gilt auch für jene Jugendlichen, die zwar einen positiven Abschluss haben, aber keinen Ausbildungsplatz an einer Schule oder einem Lehrbetrieb. „Damit wollen wir sicherstellen, dass kein Jugendlicher in Vorarlberg zurückgelassen wird“, so LH Wallner und LR Mennel.

Die Daten des Meldesystems nutzt das Jugendcoaching zur Kontaktaufnahme. Der Erstkontakt mit den Jugendlichen passiert noch während der Schulzeit in der Schule.

Beim Erstkontakt wird erhoben, welchen Umfang und welche Art der Beratung der Jugendliche notwendig hat. Neben dem sozialen Umfeld wird auch eine vertiefende Abklärung der Problemlagen gemacht, die über schulische Defizite und Orientierungslosigkeit hinausgehen. Ziel vom Jugendcoaching ist, dass die Jugendlichen im Ausbildungssystem bleiben. Das bedeutet vor allem Schule oder Lehre. Das Jugendcoaching ermutigt und befähigt die Jugendlichen, selber über ihren weiteren Ausbildungsweg zu entscheiden. Das Jugendcoaching hilft und begleitet die Jugendlichen auf diesem Weg.

„Keinen Abschluss ohne Anschluss“ – unter diesem Motto stehen die Anstrengungen des Landes beim Übergang von der Schule in den Beruf. Vorrangiges Ziel ist es, jedem Jugendlichen eine Chance auf eine zukunftsorientierte Ausbildung und damit eine positive berufliche Perspektive zu geben. Erfreulicherweise zählt die Jugendarbeitslosigkeit in Vorarlberg mit 5,1 Prozent europaweit zu den niedrigsten. Dafür verantwortlich sind vor allem die guten Beratungsinstrumente an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf, das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung mit den hervorragend ausgestatteten Berufsschulen und die bewährte Jugendbeschäftigungsoffensive. Für diese drei Bereiche stellt das Land Vorarlberg heuer insgesamt 18,9 Millionen Euro zur Verfügung, davon allein 11,2 Millionen Euro für die Berufsschulen des Landes.

Ganz entscheidend für einen reibungslosen Übertritt ins Berufsleben ist die Berufsorientierungsphase in der Schule, in der sichergestellt werden soll, dass die Jugendlichen nach Abschluss der Pflichtschule über ausreichende Fähigkeiten in fachlicher als auch sozialer und persönlicher Hinsicht verfügen, ihre Kompetenzen und Interessen kennen und wissen, welchen weiteren Ausbildungsweg sie einschlagen wollen. Dazu wurde 2011 das Projekt ACHTplus in Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat und dem BIFO gestartet, das mittlerweile an 36 Schulen zum Einsatz kommt und vom Land mit 450.000 Euro unterstützt wird.

Über 14,5 Millionen Euro zusätzlich für Landeslehrerinnen und Landeslehrer

Das Land Vorarlberg nimmt seine Verantwortung wahr, die Schul- und Bildungsqualität auf hohem Niveau zu halten und investiert dazu auch immer wieder in zusätzliche Bildungsmaßnahmen. Einige Beispiele demonstrieren das Volumen: Rund 38 Millionen Euro fließen heuer in die Kindergärten. 3,4 Millionen Euro setzt das Land ein, um Verbesserungen in den Volksschulen bzw. Pflichtschulen zu erreichen, und tritt damit in Vorleistung für den Bund. 7,3 Millionen Euro werden aufgewendet, um die Jugendbeschäftigung weiterhin im europäischen Spitzenfeld zu halten. LH Wallner und LR Mennel sind sich einig: „Eine qualitativ hochwertige Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen ist eine der wichtigsten Ressourcen, über die Vorarlberg verfügt. Daher setzen wir unseren Vorarlberger Weg unbeirrt fort.“

Im laufenden Schuljahr gibt das Land Vorarlberg über 14,5 Millionen Euro zusätzlich zu den Mitteln des Bundes für die Landeslehrerinnen und Landeslehrer an den Pflichtschulen aus. Damit wird der vom Bildungsministerium vorgegebene Stellenplan um rund 400 Planstellen überzogen.



Diese zusätzlichen Ausgaben sind auf die bildungspolitische Verantwortung des Landes im Sinne der Aufrechterhaltung der hohen Bildungsqualität zurückzuführen:

- Der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen entspricht nicht dem Rückgang der Klassenzahlen. Abweichungen haben die Länder zu tragen.
- Der Bund anerkennt nach wie vor nur eine geringere Zahl von Planstellen im sonderpädagogischen Bereich. Lediglich 2,7 Prozent pro Altersjahrgang werden anerkannt, in Wahrheit haben die Länder die Kosten für rund 4,5 Prozent pro Jahrgang zu tragen.
- Der Erhalt von Kleinschulen und der Struktur in den dörflichen Gemeinschaften ist Vorarlberg besonders wichtig. Auch für diese Abweichungen kommen die Länder auf.
- Dazu kommen weitere Maßnahmen wie der Einsatz von Stützlehrerinnen und -lehrern, Ressourcen für Sprachförderung, Beratungs- sowie Krisenbegleitlehrerinnen und -lehrer, Schulsozialarbeit, ganztägige Schülerbetreuung etc.

Die Bereitstellung der Ressourcen für die Pflichtschulen ist eigentlich eine Angelegenheit des Bundes. Der Bund lässt bei seinen Berechnungen jedoch wesentliche landesspezifische Gegebenheiten außer Acht, sodass die Mittel in vielen Fällen nicht dem tatsächlich bestehenden Bedarf entsprechen. Der vom Land Vorarlberg zu finanzierende Anteil an den Personalkosten für Landeslehrerinnen und -lehrer steigt folglich kontinuierlich an. „Die Herausforderungen im sonderpädagogischen Bereich, in der Sprachförderung, in ganztägigen Schulformen und bei der Betreuung von Verhaltensauffälligkeiten wachsen und dafür brauchen wir Lehrerplanstellen“, unterstreicht LR Mennel und fordert den Bund dazu auf, zusätzliche Stundenkontingente und ausreichend Planstellen zur Verfügung zu stellen.

Jede Investition in Bildung ist auch ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Pädagoginnen und Pädagogen. „Gerade jetzt zum Schulschluss ist ein herzliches Dankeschön

an die Pädagoginnen an unseren Kindergärten und die Lehrpersonen an unseren Schulen mehr als angebracht. Sie leisten einen wichtigen und wertvollen Beitrag für die ganze Gesellschaft und das Land ist stets darum bemüht, die Arbeit zu unterstützen und den Einsatz entsprechend zu würdigen“, so LH Wallner.

Schulpaket sichert Grundkompetenzen in der Volksschule

Auch im Pflichtschulbereich nimmt das Land erhebliche Mittel in die Hand, um die Unterrichtsqualität zu sichern und die Schulen zu stärken. Mit Schulbeginn 2013/14 hat Vorarlberg als erstes Bundesland ein Schulpaket von insgesamt 3,4 Millionen Euro geschnürt, das auch im kommenden Schuljahr weitergeführt wird.

Der größte Teil der Mittel – 2,7 Millionen Euro – fließt in zusätzliche Stundenkontingente für die Volksschulen in der Grundstufe I (Vorschule, 1./2. Schulstufe). Daraus ergibt sich für die rund 500 Klassen ein Stundenausmaß von insgesamt 1.500 Wochenstunden (69 Dienstposten). Jede Schule hat nun die Möglichkeit, diese Stunden für pädagogische Schwerpunkte einzusetzen und ganz flexibel auf standortspezifische Bedürfnisse zu reagieren. Zum Einsatz kommen die Ressourcen in verschiedenen Bereichen: Team-Teaching, Sprach- und Begabtenförderung, Lernhilfe, Einzel- oder Kleingruppenunterricht u.v.m.

Zusätzlich wurde auch ein landesweiter Erschwernispool (140 Wochenstunden) für Volksschulen mit besonderen pädagogischen und sozialen Herausforderungen eingerichtet. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, z.B. Standorte mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache oder mit Verhaltensauffälligkeiten durch weitere Stunden zu unterstützen.

Weitere 715.000 Euro kommen der administrativen Entlastung der Direktorinnen und Direktoren im ganzen Pflichtschulbereich in Vorarlberg zugute. Damit werden 44.200 Verwaltungsstunden abgedeckt. Die Stunden können entweder durch geeignete Lehrpersonen an der Schule oder durch Bürokräfte der jeweiligen Gemeinde übernommen werden. Leiterinnen und Leiter sollen somit wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben zur Verfügung haben, wie etwa Schul- und Personalentwicklung, Umsetzung pädagogischer Konzepte, Beratung des Kollegiums oder Elterngespräche.

Die Rückmeldungen der Schulen sind überaus positiv. Die Leiterinnen und Leiter bestätigen eine spürbare Qualitätsverbesserung in ihrer Arbeit. Um die Wirkung auch anhand besserer Lernerfolge ablesen zu können, braucht es freilich noch Zeit. Um aber einen Überblick zu erhalten, wie die zusätzlichen Stunden von den Schulen in diesem Schuljahr tatsächlich eingesetzt wurden und wie sie auch in Zukunft sinnvoll verwendet werden können – gerade im Hinblick auf die standortspezifischen Ergebnisse der Bildungsstandardtestungen –, wird derzeit eine Erhebung durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Herbst zur Verfügung stehen.

Vorschulische Bildung – Sprache als Grundlage für jedes Lernen

Die vorschulische Bildung im Kindergarten ist die wesentliche Grundlage für eine optimale Entwicklung der Kinder und für einen guten Bildungserfolg. Die ersten Bildungsjahre sind ganz entscheidend für den weiteren Bildungsverlauf. Finanzielle Mittel sind in diesem Bereich gut investiert, daher hat das Land Vorarlberg die Aufwendungen für die Kindergärten heuer auf 38,2 Millionen Euro erhöht.



Stark gefordert sind vor allem die Gemeinden als Erhalter der Kindergärten. Daher wird der Großteil der Landesmittel in eine Vielzahl an Förderungen für die Gemeinden zur Deckung des erhöhten Personalbedarfs sowie zur Schaffung von neuen Einrichtungen und Gruppen investiert. Das Land übernimmt jährlich 60 Prozent der Personalkosten, die den Gemeinden für den Betrieb der Kindergärten anfallen. Gemeinden mit einer unterdurchschnittlichen Finanzkraft können weitere Zuschüsse aus besonderen Bedarfszuweisungen in Anspruch nehmen. Ebenso wurden die Richtlinien zur Personalkostenförderung so verbessert, dass im Bedarfsfall auch zusätzliches Personal zur Sprachförderung oder zur Integration von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf unterstützt wird.

Pädagogisches Schwerpunktthema im Kindergarten und in der Schule ist die Sprache. Im Rahmen der Kindergartenvorsorge und des Schulreifescreeenings, durch Kompetenztrainings für Kindergartenpädagoginnen und lokale Sprachfördernetzwerke in vier Gemeinden wird die frühe Sprachförderung umfassend betrachtet. Um die bestehenden Maßnahmen besser koordinieren zu können, wurde eine Plattform zur frühen Sprachförderung ins Leben gerufen, die alle relevanten Akteure im Land vereint. Deren Aufgabe ist es, die verschiedenen Sprachförderprogramme für Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren zu sammeln und auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Langfristig sollen Wege gefunden werden, wie Kinder die notwendigen sprachlichen Voraussetzungen für einen guten weiteren Bildungsweg

erhalten und damit die Zahl jener Schülerinnen und Schüler gesenkt werden kann, die bei Schuleintritt nicht genügend Deutsch können, um dem Unterricht zu folgen. Auch die Frage, wie Eltern zur Sprachbildung ihrer Kinder beitragen können, wird zentral sein.

Gute Erfahrungen wurden im Projekt „Sprachcluster“ gesammelt. Dabei handelt es sich um ein Pilotprogramm in der Stadt Feldkirch, an dem alle 17 Kindergärten und alle acht Volksschulen teilnehmen. Eine erste Ist-Stand-Analyse hat ergeben, dass im Bereich Übergang Kindergarten-Volksschule bereits eine regelmäßige Zusammenarbeit vorhanden ist, diese aber inhaltlich an allen Standorten noch verbessert werden kann. Auch das gegenseitige Wissen darüber, wie Sprachförderung praktiziert wird und wie Eltern in ihrer Mitwirkung an Sprachförderung gestärkt werden können, ist noch ausbaufähig. Zudem wurde der Wunsch nach gemeinsamen Fortbildungen von Kindergarten- und Volksschulpädagog/innen geäußert, die im nächsten Schuljahr umgesetzt werden. Als erste Konsequenz werden bereits alle Kinder mit einer Sprachförderung bzw. Sprachförderbedarf erfasst und in Einzelgesprächen zwischen Pädagog/innen beider Einrichtungen von „einer Hand in die andere“ weitergegeben. Nach Ende des Projekts im Mai 2015 sollen die Ergebnisse für die Entwicklung weiterer Konzepte in anderen Städten oder Gemeinden genutzt werden.

Ausbau von ganztägigen Schulformen

Der Ausbau ganztägiger Schulformen ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Seit vielen Jahren werden erhebliche Mittel in diesen Bereich investiert, damit mehr Schülerinnen und Schüler von den Vorteilen von verschränkten Ganztagsklassen und Schülerbetreuungs-einrichtungen profitieren können.

Es ist unumstritten, dass der Bedarf an ganztägigen Schulformen und Schülerbetreuung jedes Jahr zunimmt. Vor zehn Jahren gab es im Bereich der Schülerbetreuung insgesamt erst 28 Standorte für 1.497 Schülerinnen und Schüler. Heuer werden bereits an 170 Standorte 9.171 Schülerinnen und Schülern betreut. Das Angebot ist damit jedes Jahr um durchschnittlich 38 Prozent gestiegen. Die Investitionen belaufen sich auf insgesamt 6,7 Millionen Euro.

Eine steigende Nachfrage gibt es auch bei den ganztägig verschränkten Schulklassen, die seit dem Schuljahr 2010/11 in Vorarlberg angeboten werden. Gestartet wurde damals an drei Pilotstandorten, mittlerweile gibt es bereits an 18 Schulen 53 verschränkte Ganztagsklassen mit insgesamt 1.056 Schülerinnen und Schülern. Auch im kommenden Schuljahr wird das Angebot neuerlich auf 23 Schulen und 70 Klassen erweitert, das entspricht einer Steigerung von 32 Prozent. Ziel ist eine Verdoppelung der verschränkten Ganztagsklassen in den nächsten drei Jahren. Dank einer gesetzlichen Anpassung können ab Herbst auch sprengelfremde Kinder in verschränkte Ganztagsklassen aufgenommen werden.

Erhalt von Klein- und Kleinstschulen

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es in Vorarlberg einen breiten politischen Konsens hinsichtlich des Erhalts von Klein- und Kleinstschulen. Das Land vertritt seit langem

die Haltung, dass Kleinschulen Kindern in einem Dorf nicht nur den Vorteil eines kurzen Schulwegs bieten. Sie sind identitätsstiftend für Kinder und Erwachsene und ein wichtiger Faktor für die Attraktivität von Dörfern als Wohnort für junge Familien. Ihre Erhaltung stellt einen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung, für das Dorf und die Region dar. Die wiederkehrende Diskussion über die Schließung von Dorfschulen soll daher nicht allein von Kosten und Zahlen bestimmt werden. Geografie, Wirtschaft, Geschichte, soziale Struktur und das soziale Leben der Region spielen eine ebenso entscheidende Rolle. Ein weiterer Vorteil ist die Jahrgangsmischung, bei der die jüngeren von den älteren Schülerinnen und Schülern lernen können und durch den Unterricht in kleinen Lerngruppen die individuelle Förderung besonders gepflegt werden kann. Im Schuljahr 2013/14 gibt es in Vorarlberg 29 Klein- und Kleinstschulen.